SOZIALGERICHT BREMEN

S 22 AS 923/10 ER

BESCHLUSS

In dem Rechtsstreit

A.,

A-Straße, A-Stadt, Az.: - -

vertreten durch Rechtsanwältin B.,

B-Straße, A-Stadt,

Antragsteller,

g e g e n

Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, vertreten durch ihren
Geschäftsführer,

Doventorsteinweg 48-52, 28195 Bremen, Az.: - -

Antragsgegnerin,

hat die 22. Kammer des Sozialgerichts Bremen am 25. Mai 2010 durch ihre Vorsitzende,
Richterin Lessmann, beschlossen:

Die Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, dem Antragsteller ein Darlehen in Höhe von 115,00 Euro für die Beschaffung eines türkischen Reisepasses zu gewähren.

Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

Die Gewährung erfolgt vorläufig und unter dem Vorbehalt der Rückforderung.

Die Antragsgegnerin trägt die notwendigen außergerichtlichen Kosten des Antragstellers zu 1/4.

GRÜNDE

I.

Der Antragsteller begehrt die einstweilige Verpflichtung der Antragsgegnerin zur Übernahme der Kosten und Gebühren für die Beschaffung eines gültigen türkischen Reisepasses.

Der Antragsteller ist türkischer Staatsangehöriger und steht im laufenden Leistungsbezug bei der Antragsgegnerin. Beim zuständigen Ausländeramt beantragte der Antragsteller die Erteilung eines Aufenthaltstitels. Ihm wurde eine bis zum 01.07.2010 gültige Fiktionsbescheinigung ausgestellt. Über den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wurde bisher nicht entschieden. Am 19.04.2010 beantragte der Antragsteller bei der Antragsgegnerin die Übernahme der Kosten für die Beschaffung eines Reisepasses. Mit Bescheid vom 23.04.2010 lehnte die Antragsgegnerin die Kostenübernahme ab. Zur Begründung führte sie aus, dass die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II Leistungen zur Integration in Arbeit sowie zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasse. Die Bestimmungen stellten dabei eine abschließende Aufzählung der möglichen Leistungen dar. Eine Rechtsgrundlage für die beantragte Leistung biete dieses Leistungssystem nicht. Mangels Anspruchsgrundlage sei daher eine Kostenübernahme nicht möglich.

Gegen den Ablehnungsbescheid vom 23.04.2010 legte der Antragsteller am 05.05.2010 Widerspruch ein, über den bisher noch nicht entschieden ist.

Der Antragsteller hat am 05.05.2010 einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung beim Sozialgericht Bremen gestellt. Da sein Reisepass abgelaufen sei, könne er von der Ausländerbehörde keinen gültigen Aufenthaltstitel erhalten. Ein vorsätzlicher rechtswidriger Verstoß gegen die Passpflicht sei nach § 95 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) strafbar. Die Gebühren für den Reisepass hingen von der Dauer der Passverlängerung ab. Bei einer Passverlängerung für einen Zeitraum von fünf Jahren betrage die Höchstbearbeitungsgebühr ca. 280,00 Euro. Für die Fahrtkosten seien ca. 70 Euro aufzubringen. Der Anordnungsanspruch ergebe sich unter Verweis auf die Rechtsprechung des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg aus § 73 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII).

Der Antragsteller beantragt,

die Antragsgegnerin im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, die Gebühren und Kosten (Reisekosten) für die Beschaffung eines gültigen türkischen Reisepasses bei dem türkischen Generalkonsulat in QV. zu übernehmen, sowie hierauf einen entsprechenden Vorschuss auszuführen.

Die Antragsgegnerin beantragt,

den Antrag abzulehnen.

Zur Begründung führt sie aus, dass ein Anordnungsanspruch bereits nicht glaubhaft gemacht sei. Die Kosten für die Neubeschaffung eines Reisepasses habe der Antragsteller grundsätzlich aus der Regelleistung anzusparen. Zudem genüge der Antragsteller seiner Ausweispflicht bereits durch Vorlage einer Bescheinigung über seinen Aufenthaltstitel.

Das Gericht hat mit Hinweisschreiben vom 12.05.2010 eine darlehensweise Gewährung nach § 23 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) angeregt. Hierauf hat die Antragsgegnerin mitgeteilt, dass sich keine neuen rechtlichen Gesichtspunkte ergeben hätten. Der Antragsteller habe nichts dazu vorgetragen, seit wann er über die notwendige Verlängerung seines Passes informiert sei und seit wann ein Ansparen aus der Regelleistung hätte stattfinden können. Auch habe er nichts dazu vorgetragen, dass die Passverlängerung notwendig sei, um seinen aufenthaltsrechtlichen Status zu erhalten. Im Übrigen spreche auch die Höhe der in Aussicht genommenen Kosten nicht gegen ein rechtzeitiges Ansparen aus der Regelleistung über mehrere Monate. Der Antragsteller könne zudem seine Passpflicht durch Vorhalten eines Ausweisersatzes nach § 3 Abs.1 Satz 3 i.V.m. § 48 Abs.2 AufenthG genügen. Der Antragsteller hat auf das gerichtliche Hinweisschreiben mitgeteilt, dass für das Eilverfahren mit einer Darlehensgewährung Einverständnis bestünde. Für ein Ansparen der Aufwendungen aus der Regelleistung habe keine tatsächliche Möglichkeit bestanden. Die Höhe des Regelsatzes sei nicht zum Ansparen oder auf Vermögensbildung ausgelegt, sondern sichere das absolute Existenzminimum. Bei den Kosten für die Passbeschaffung liege daher ein Härtefall im Sinne von § 73 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) vor.

Das Gericht hat am 12.05.2010 und am 17.05.2010 Telefonate mit der zuständigen Ausländerbehörde geführt. Diese Gespräche haben im Wesentlichen ergeben, dass der Antragsteller die Passpflicht zu erfüllen hat. Bei türkischen Staatsangehörigen werde generell die Vorlage eines gültigen Passes verlangt. Nur wenn es dem Betroffenen nicht zumutbar sei, einen gültigen Pass zu beschaffen, könne mit einem Passersatz gearbeitet werden. Dabei seien fehlende finanzielle Mittel nicht als Unzumutbarkeitsgrund anzuerkennen. Ein Telefonat mit dem türkischen Generalkonsulat in QV. am 20.05.2010 hat ergeben, dass die Höchstbearbeitungsgebühr für die Verlängerung eines Reisepasses 115,00 Euro beträgt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Gerichtsakte und die Leistungsakte der Beklagten verwiesen.

II.

Der zulässige Antrag hat nur teilweise Erfolg.

Nach § 86b Abs.2 Satz 2 SGG kann das Gericht einstweilige Anordnungen zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis treffen, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile notwendig erscheint. Der Erlass einer solchen Regelungsanordnung setzt voraus, dass nach materiellem Recht ein Anspruch auf die begehrte Leistung besteht (Anordnungsanspruch) und dass die Regelungsanordnung zur Abwendung wesentlicher Nachteile notwendig ist (Anordnungsgrund). Sowohl der Anordnungsanspruch als auch der Anordnungsgrund sind gemäß § 920 Abs.2 der Zivilprozessordnung (ZPO) i.V.m. § 86b Abs.2 Satz 4 SGG glaubhaft zu machen. Besondere Anforderungen an die Ausgestaltung des Eilverfahrens ergeben sich aus Art.19 Abs.4 Grundgesetz (GG), wenn ohne die Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes schwere unzumutbare, anders nicht abwendbare Beeinträchtigungen entstehen können, die durch das Hauptsacheverfahren nicht mehr zu beseitigen wären. Eine solche Fallgestaltung ist anzunehmen, wenn es – wie hier- im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes um die Sicherung des verfassungsrechtlich garantierten Existenzminimums während eines gerichtlichen Hauptsacheverfahrens geht. Ist während des Hauptsacheverfahrens das Existenzminimum nicht gedeckt, kann diese Beeinträchtigung nachträglich nicht mehr ausgeglichen werden, selbst wenn die im Rechtsbehelfsverfahren erstrittenen Leistungen rückwirkend gewährt werden. Der elementare Bedarf eines Menschen kann grundsätzlich nur in dem Augenblick befriedigt werden, in dem er entsteht. Die Gerichte müssen in solchen Fällen, wenn sie sich an den Erfolgsaussichten der Hauptsache orientieren wollen, die Sach- und Rechtslage nicht nur summarisch, sondern abschließend prüfen. Dies gilt insbesondere, wenn das einstweilige Rechtsschutzverfahren vollständig die Bedeutung des Hauptsacheverfahrens übernimmt und eine endgültige Verhinderung der Grundrechtsverwirklichung eines Beteiligten droht. Entschließen sich die Gerichte zu einer Entscheidung auf dieser Grundlage, so dürfen sie die Anforderungen an die Glaubhaftmachung durch den Antragsteller eines Eilverfahrens nicht überspannen. Die Anforderungen haben sich vielmehr am Rechtsschutzziel zu orientieren, dass die Antragsteller mit ihrem Begehren verfolgen. Ist dem Gericht eine vollständige Aufklärung der Sach- und Rechtslage in einem solchen Eilverfahren nicht möglich, so ist anhand einer Folgenabwägung zu entscheiden (vgl. Bundesverfassungsgericht- BVerfG-, Beschlüsse vom 12.05.2005- 1 BVR 569/05, Rn.19, 26 und vom 25.02.2009 – 1 BVR 120/09, Rn.11, jeweils zitiert nach Juris).

Der Antragsteller konnte einen Anordnungsanspruch nur teilweise glaubhaft machen und zwar nur bezüglich der anfallenden Gebühren für die Passverlängerung bei dem türkischen Generalkonsulat in QV.. Durch die Auskunft der zuständigen Ausländerbehörde ist glaubhaft gemacht, dass der Reisepass des Antragstellers am 01.04.2010 abgelaufen ist und eine Passverlängerung dem Grunde nach erforderlich ist. Rechtsgrundlage für den Anspruch des Antragstellers ist § 23 Abs.1 Satz 1 SGB II. Gemäß § 23 Abs. 1 Satz 1 SGB II erbringt der zu-

ständige Leistungsträger bei entsprechendem Nachweis einen Bedarf als Sachleistung oder als Geldleistung und gewährt dem Hilfebedürftigen ein entsprechendes Darlehen, wenn im Einzelfall ein von der Regelleistung umfasster und nach den Umständen unabweisbarer Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts weder durch das Vermögen nach § 12 Abs.1 Nr.4 SGB II noch auf andere Weise gedeckt werden kann.

Das Gericht teilt die Auffassung der Antragsgegnerin, dass die Kosten für die Beschaffung eines Reisepasses von der Regelleistung umfasst sind und dem Grunde nach durch Ansparen aus der Regelleistung aufzubringen sind. Nach § 3 Abs. 3 Halbsatz 2 SGB II decken die nach dem SGB II vorgesehen Leistungen den Bedarf der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der mit ihnen in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen. Nach § 3 Abs.3 Satz 2 SGB II ist eine abweichende Festlegung der Bedarfe ausgeschlossen. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sind die Regelleistung nach § 20 SGB II, die ergänzenden Darlehen bei unabweisbarem Bedarf nach § 23 Abs.1 SGB II, Einmalsonderleistungen nach § 23 Abs.3 SGB II, Mehrbedarfe nach § 21 SGB II und die Leistungen für Unterkunft und Heizung. Die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes gemäß § 20 SGB II umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung entfallenden Anteile, Bedarfe des täglichen Lebens sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben. Die Regelleistungen werden nach § 20 SGB II als Pauschale ohne die Möglichkeit einer im Einzelfall abweichenden Leistungserbringung erbracht (Schmidt in: Oestreicher, SGB II/SGB XII, § 23 Rn.1). Daher umfasst die Regelleistung nach § 20 SGB II pauschal den gesamten Bedarf für den notwendigen Lebensunterhalt inklusive einmaliger Bedarfe (Wieland in: Estelmann, SGB II, § 23 Rn.9). Damit soll neben einer Verwaltungsvereinfachung auch die Selbstverantwortung des Hilfebedürftigen gestärkt werden.

Vor dem Hintergrund dieses Leistungssystems kann dem Antragsteller allenfalls ein Anspruch auf darlehensweise Gewährung nach § 23 Abs.1 SGB II zustehen (vgl. Sächsisches LSG, Beschluss vom 22.08.2007, Az.: L 3 AS 114/06 NZB; SG ATD., Beschluss vom 07.08.2008, Az.: S 28 AS 545/08 ER). Nach der im Eilverfahren grundsätzlich gebotenen summarischen Prüfung liegen die Voraussetzungen des § 23 Abs.1 SGB II vor.

Denn nach den Umständen des Einzelfalles besteht bei dem Antragsteller ein unabweisbarer Bedarf. Unabweisbar ist ein Bedarf dann, wenn die Bedarfsdeckung unaufschiebbar und nicht auf anderweitige Art und Weise gedeckt werden kann, es also im Falle seiner Deckung zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Bedarfe insgesamt kommt (Loose in: Hohm, GK-SGB II, § 23 Rn.7). Die Unaufschiebbarkeit ergibt sich hier aus dem Ablaufdatum des bisherigen Reisepasses und der tatsächlichen Notwendigkeit der Passverlängerung für einen sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhaltenden ausländischen Staatsangehörigen. Gemäß § 5 Abs. 1 Nr.4 AufenthG ist allgemeine Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaub-

nis, dass die Passpflicht aus § 3 AufenthG erfüllt wird. Nach § 5 Abs. 3 AufenthG ist in bestimmten- hier nicht einschlägigen Konstellationen- von der Erfüllung der Passpflicht abzusehen. In den Übrigen Fällen kann von der Erfüllung der Passpflicht abgesehen werden. Nach § 3 AufenthG dürfen Ausländer nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz besitzen. Für den Aufenthalt im Bundesgebiet erfüllen sie die Passpflicht auch durch den Besitz eines Ausweisersatzes (§ 48 Abs.2 AufenthG). Nach § 48 Abs.2 AufenthG genügt ein Ausländer, der einen Pass weder besitzt noch in zumutbarer Weise erlangen kann, der Ausweispflicht mit der Bescheinigung über einen Aufenthaltstitel oder die Aussetzung der Abschiebung, wenn sie mit den Angaben der Person und einem Lichtbild versehen und als Ausweisersatz bezeichnet ist.

Nach Auskunft der zuständigen Ausländerbehörde wird bei türkischen Staatsangehörigen für die Erfüllung der Passpflicht aus § 3 AufenthG grundsätzlich die Vorlage eines gültigen Reisepasses verlangt. Von ihrem Ermessen hinsichtlich des Antragstellers von der Erfüllung der Passpflicht abzusehen, hat die zuständige Ausländerbehörde nach dem vorliegenden Kenntnisstand keinen Gebrauch gemacht. Weder den Auskünften der Ausländerbehörde, noch dem Vortrag des Antragstellers ist zu entnehmen, dass ihm die Beschaffung eines gültigen Reisepasses unzumutbar wäre. Jedenfalls sind fehlende finanzielle Mittel nicht als Unzumutbarkeitsgrund anzuerkennen. Demnach kann der Antragsgegnerin nicht darin gefolgt werden, dass der Antragsteller keinen Reisepass benötige, sondern mit einem Passersatz den Aufenthaltstitel erlangen könne. Angesichts der Gebühren für die Beschaffung des Reisepasses von bis zu 115,00 Euro ist auch von einer erheblichen Unterdeckung des allgemeinen Lebensunterhaltes auszugehen, wenn die Kosten aus der Regelleistung gedeckt würden. Denn die Gebühren betragen rund ein Drittel der Regelleistung. Von einer erheblichen Bedarfsunterdeckung ist im Rahmen des § 23 Abs.1 SGB II aber bereits dann auszugehen, wenn eine 20% Bedarfsunterdeckung erreicht würde, wenn die beantragte Leistung aus der Regelleistung bestritten würde. Diese Grenze beträgt für den Antragsteller mithin 71,80 Euro, so dass es bei einem Aufbringen der Gebühren aus der Regelleistung zu einer erheblichen Bedarfsunterdeckung kommen würde.

Der Antragsteller kann auch nicht auf das Ansparen der Gebühren für die Beschaffung des Reisepasses aus der Regelleistung verwiesen werden. Zwar sieht § 23 Abs.1 Satz 1 SGB II vor, dass der nach den Umständen unabweisbare Bedarf weder durch das Vermögen nach § 12 Abs. 1 Nr.4 SGB II noch auf andere Weise gedeckt werden kann. Die Antragsgegnerin verkennt jedoch den Regelungsgehalt der Vorschrift, wenn sie allgemein darauf verweist, dass dem Antragsteller ein Ansparen der Gebühren aus der Regelleistung möglich gewesen wäre. Denn auf fiktive Ansparleistungen kann der Hilfebedürftige nicht verwiesen werden (vgl. Münder in: LPK-SGB II, § 23 Rn.10; Loose in: Hohm, SGB II- GK, § 23 Rn.9). Zwar enthält die Regelleistung Anteile zur Deckung größerer Bedarfe durch Ansparung und § 12 Abs.2 Nr.4

SGB II sieht einen entsprechenden Vermögensfreibetrag vor. Entscheidend ist jedoch, ob der Hilfebedürftige tatsächlich über angespartes Vermögen verfügt (vgl. Wieland in: Estelmann, SGB II, § 23 Rn.15; Loose in: Hohm, SGB II- GK, § 23 Rn.9; ME.-Schinke in: Linhart/Adolph, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 23 Rn 9 ff.; Armbrorst, info also. 2006, 58, 59). So spricht auch die Gesetzesbegründung davon, dass die Agentur für Arbeit ein Darlehen erbringt, soweit das zur Ansparung vorgesehene Vermögen nach § 12 Abs.2 Nr. 3 SGB II im Einzelfall nicht oder nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung steht (vgl. BT-Drs.15/1516, S.57). Der Leistungsakte der Antragsgegnerin und dem Vortrag des Antragstellers ist jedoch zu entnehmen, dass tatsächlich kein Vermögen vorhanden ist und Ansparungen nicht vorgenommen wurden. Anhaltspunkte für eine Möglichkeit der Bedarfsdeckung auf andere liegen zudem nicht vor.

Dass nicht auf fiktive Ansparbeträge verwiesen werden kann, ergibt sich auch aus dem Sinn und Zweck von § 23 Abs. 1 SGB II. Die von dem Gesetzgeber vorgenommene Pauschalierung vor allem durch Einbeziehung der früheren einmaligen Leistungen in die Regelleistung ist verfassungsrechtlich nur zulässig, sofern eine entsprechende Öffnungsklausel vorgesehen ist, die eine Bedarfsdeckung in allen Fällen sicherstellt (vgl. Schmidt in: Oestreicher, SGB II/SGB XII, § 23 Rn.30). Diese Öffnung erfolgt im SGB II ausschließlich über § 23 Abs.1 SGB II. Letztlich wird daher mit einem Darlehen für einen Bedarf der nicht aus der laufenden Regelleistung abgedeckt werden kann, ein „Vorschuss“ auf die an sich aus der Regelleistung zu tätige Ansparung gewährt, der aus der künftigen Regelleistung getilgt werden muss. Es wird also lediglich die Ansparung durch die Tilgung ersetzt, was wirtschaftlich keinen Unterschied macht (vgl. Schmidt, ebd.).

Zuletzt ergibt auch eine Abwägung der gegenseitigen Interessen, dass aufgrund der Umstände dieses Falles eine Darlehensgewährung gerechtfertigt ist. Denn der in der Höhe überschaubare Darlehensbetrag wird gemäß § 23 Abs.1 Satz 3 SGB II in absehbarer Zeit getilgt sein können, während für den Antragsteller sein aufenthaltsrechtlicher Status und seine Aufenthaltsberechtigung an der Passverlängerung hängen. Ihm drohen bei Nichtgewährung eines Darlehens ungleich schwerwiegendere Nachteile als der Antragsgegnerin bei einer Gewährung des Darlehens.

Das Gericht kann dahinstehen lassen, ob sich der Anspruch des Antragstellers auch aus § 73 SGB XII herleiten lässt. Zwar wird von Teilen der Rechtsprechung § 73 SGB XII zumindest bei einem dauerhaft erhöhten Regelbedarf herangezogen (vgl. BSG, Urteil vom 07.11.2006, Az.: B 7b AS 14/06 R; LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 04.09.2008, Az.: L 13 AS 104/08). Auch scheitert die Anwendbarkeit des § 73 SGB XII nicht an § 5 Abs. 2 Satz 1 SGB II. Denn der dort normierte Leistungsausschluss gilt bereits nach dem Wortlaut dieser Vorschrift nicht für die im Neunten Kapitel des SGB XII geregelte Hilfe in anderen Lebenslagen, zu der auch §73 SGB XII gehört. Jedenfalls aber sprechen nach einer summarischen Prüfung gewichtige

Argumente gegen die Anwendbarkeit des § 73 SGB XII auf Leistungsempfänger nach dem SGB II. So stimmen die Einkommens- und Vermögensgrenzen des SGB II und des SGB XII nicht überein. Auch wird der Grundsatz, dass Hilfebedürftige immer nur einem System (SGB II oder SGB XII) zuzuordnen sind, durchbrochen (Schmidt in: Oestreicher, § 23 Rn 32; kritisch gegenüber einer Anwendbarkeit des § 73 SGB XII auch: SG Aurich, Urteil vom 14.03.2008, Az.: S 25 AS 822/07). Zudem wäre für einen Anspruch aus § 73 SGB XII auch nicht die Antragsgegnerin, sondern der Sozialhilfeträger zuständig.

Die erforderliche Eilbedürftigkeit ergibt sich daraus, dass an der Passverlängerung die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis hängt. Einer Abschiebung des Antragstellers steht zurzeit lediglich die ihm erteilte Fiktionsbescheinigung bis zum 01.07.2010 entgegen. Der Antragsteller ist nicht in Besitz eines gültigen Aufenthaltstitels. Die Bearbeitung seines Antrages auf Erteilung eines Aufenthaltstitels erfordert im Fall des Antragstellers wie bereits dargelegt die Vorlage eines gültigen Passes. Aufgrund der drohenden aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen ist dem Antragsteller daher ein Abwarten einer Entscheidung in der Hauptsache nicht zumutbar.

Nicht glaubhaft gemacht hat der Antragsteller einen Anspruch auf die Übernahme der Reisekosten nach QV.. Zwar sind auch die Reisekosten als ein von der Regelleistung umfasster Bedarf anzusehen. Jedoch liegt aufgrund der zu erwartenden nur geringen Reiskosten nach den dargestellten Grundsätzen kein unabweisbarer Bedarf vor. Denn es kommt bei Aufbringen der Reisekosten aus der Regelleistung nicht zu einer 20% Bedarfsunterdeckung. Eine Internetrecherche der Kammervorsitzenden hat ergeben, dass ein Single-Niedersachsenticket bereits für 20,00 Euro erwerbbar ist. Mit diesem Ticket ist dem Antragsteller nicht nur die Fahrt mit dem Zug nach QV., sondern auch die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in QV. möglich (vgl. http://www.bahn.de/regional/view/regionen/niedersa/freizeit/niedersa_ticket.shtml). Die aufzubringenden Reiskosten werden daher einen Betrag von 20,00 Euro nicht übersteigen. Die Kammervorsitzende hält es für zumutbar, diesen Betrag aus der laufenden Regelleistung aufzubringen. Zumal der Antragsteller noch die Möglichkeit hat, die Reisekosten anteilig im Monat Mai anzusparen und den Restbetrag aus der Regelleistung des Monats Juni aufzubringen.

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung des § 193 Sozialgerichtsgesetz (SGG) und berücksichtigt das anteilige Unterliegen des Antragstellers.

HINWEIS

Dieser Beschluss ist nicht anfechtbar, weil der Wert des Beschwerdegegenstandes 750,00 Euro nicht übersteigt und wiederkehrende oder laufende Leistungen für mehr als ein Jahr nicht im Streit sind (§ 172 Abs. 3 Nr. 1 SGG in Verbindung mit § 144 Abs. 1 SGG).

Lessmann

Richterin